

## Altgedienter Kandidat

Zu: „Olaf Scholz wird zu Recht genannt“, FR-Politik vom 18. Juni

Die Argumentation von Christine Lambrecht greift zu kurz. Zum einen klingt das Zitat, dass Olaf Scholz schon als Hamburger Bürgermeister Verantwortung gezeigt habe, auch etwas zynisch angesichts des bis heute nicht richtig politisch aufgearbeiteten G20-Gipfels, der trotz des größten Polizeieinsatzes in der Geschichte der Bundesrepublik nur einen unzureichenden Schutz der Bevölkerung vor Gewaltexzessen sowie erhebliche Einschränkungen demokratischer Grundrechte beinhaltete. Zum anderen bleibt ebenfalls die Erfolgsbilanz an der Elbe eher durchwachsen, da zwar sehr frühzeitig das Wohnungsproblem als soziale Herausforderung erkannt wurde, gleichzeitig aber gerade unter Olaf Scholz entscheidende urbane Zukunftsthemen wie die Digitalisierung oder die Nachhaltigkeit komplett verschlafen wurden, wo die Hansestadt verglichen mit anderen Metropolen immer noch ein ziemliches Schlusslicht in Europa ist. Deshalb hilft der SPD nur ein starkes programmatisches Update aus der Misere und kein altgedienter Spitzenkandidat, der lediglich „Business as usual“ und markige Sprüche repräsentiert!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

## Alle Ehre gemacht

Zu: „Wer die Hosen anhat“, FR-Fuilleton vom 16. Juni

Als Langzeitabonnentin weiß ich seit Jahren, dass Arno Widmann mein Lieblingsjournalist ist. Unübertroffen authentisch, fast immer ergreifend persönlich, sehr belesen und gebildet mit einer unaufdringlichen gesellschaftskritischen Ausrichtung schreibt er unübertreffbare Artikel. Heute hat er mich aus meiner Alters- und Coronadepression herausgerissen. Mein Mann ist ebenfalls ein entschiedener Widmann-Fan. Was wäre unser gemeinsames Zeitungsfrühstück mit FR, RNZ und taz ohne Arno Widmann!

Wie Widmann im Artikel die Antike, die multikulturelle Gegenwart, die 1848er Zeit mit Louise Aston, dann die 1920er und 1950er Jahre bis heute mit derart passenden Beispielen aus Politik, Literatur und Film exemplarisch bestückt und verbindet, das ist genial, das muss man können. Ein derart umwerfender, horizontweiternder und informativer Artikel über Moral, Mode, Zwang, um den ewigen Freiheits- und Selbstbestimmungskampf von uns Frauen hätte uns zum 8. März neben Artikeln von einigen Frauen alle Ehre gemacht, nämlich männliche Anteilnahme, Einfühlungsvermögen und Verständnis gezeigt und geschenkt. Doch es ist nie zu spät, auch heute hat dieser Artikel mein anstrengendes Frauenleben enorm bereichert.

Gabriele Lohmann, Heidelberg



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200622](http://frblog.de/lf-20200622)

### FR ERLEBEN

**Pitt von Bebenburg** moderiert das Forum „Access to the Right to Asylum in Europe“ (Zugang zum Recht auf Asyl in Europa) beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz mit Karl Kopp (Pro Asyl), Eleni Velivasaki (Refugee Support Aegean) und Ulrich Weinbrenner (Bundesinnenministerium).  
In englischer Sprache.  
**Dienstag, 23. Juni, 14 Uhr.**  
Die Veranstaltung findet online statt. Anmeldungen bei der Evangelischen Akademie zu Berlin unter: [www.eaberlin.de](http://www.eaberlin.de)

**Andreas Schwarzkopf** spricht über „Corona in Afrika“ mit Antonia Witt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).  
**Dienstag, 23. Juni, 19 Uhr.**  
Zu sehen ist die Diskussion von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK sowie FR auf dem Youtube-Kanal [boell-hessen.de/YouTube](http://boell-hessen.de/YouTube).

**Pitt von Bebenburg** und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Kampf dem rassistischen Terror. Konsequenzen nach den Morden von Hanau“ mit Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne), Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau) und Selma Yilmaz-Ilkhan (Ausländerbeirat Hanau).  
**Mittwoch, 24. Juni, 20 Uhr.**  
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt.  
Die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Registrierung auf [fr.de/anmeldung](http://fr.de/anmeldung) mit dem Stichwort „Haus am Dom“. Die Diskussion wird gestreamt unter [fr.de/eventvideo](http://fr.de/eventvideo).

## Leider ist die deutsche Reaktion kraftlos

US-Truppenabzug: „Das schadet nur uns selbst“ und „Transatlantischer Geisterfahrer“, FR-Politik vom 17. und 8. Juni

### Reisende soll man nicht aufhalten

Der Abzug seiner Besatzungstruppen ist endlich mal ein begrüßenswerter Geistesblitz des faschistischen Potentaten im Weißen Haus. Ich pflichte dem Generalinspekteur i.R. Kujat bei, dass die USA stets und ohne Rücksicht auf andere nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht und schon gar nicht um die Sicherheit Deutschlands besorgt waren. Im Kalten Krieg mit dem sozialistischen Widersacher diente Deutschland den Amis lediglich als Pufferzone und potentiell Schlachtfeld weit weg vom heimischen Territorium, anschließend und bis heute als Starttrappe für die US-Überfallkommandos in Nahost und Afrika. Die abgedroschene Parole von der Bedrohung aus dem Osten sind Fake News der westlichen Rüstungslobby, ihrer Nato-Strategen und Politvasallen vornehmlich in Union und FDP. Der Kreml hat schließlich mehr als genügend Last mit der Bestellung seiner gigantischen Ländereien und wird sich mit Sicherheit nicht auch noch den Vorgarten Westeuropa aufhalsen wollen. Deshalb gilt umso mehr: Reisende soll man nicht aufhalten. Ami go home!

Joachim Bohndorf, Bensheim

### Eine Verletzung der Souveränität Deutschlands

Bündnisse sind nur solange von Leben erfüllt, wie die Bündnispartner sich mit Respekt behandeln. Wenn einer der Partner sich zum Richter aufschwingt und beginnt, ein anderes Mitglied zu erpressen oder gar zu bestrafen, ist das Bündnis tot – egal was auf dem Papier steht. Das gilt auch für die Nato. Trumps Versuche, in die deutsche Souveränität mit der Verhinderung der Pipeline „Nordstream 2“ und der Erzwangung der Erhöhung der Rüstungsaus-

gaben einzugreifen, haben zu einer irreparablen Beschädigung des Vertrauens in die USA geführt. Umgekehrt würde sich der Kongress der USA einen Versuch Deutschlands verbitten, auf die gleiche Art in die amerikanische Politik einzugreifen. Leider ist Deutschlands Reaktion kraftlos.

Eine angemessene Reaktion: Der Bundespräsident richtet, gestützt auf einen Beschluss des Bundestages, an den Präsidenten der USA die höfliche Aufforderung, sich beim deutschen Volk zu entschuldigen. Maßnahmen im Falle der Weigerung: Einfrieren der diplomatischen Beziehungen bis zum Ende der Amtszeit Trumps; Stilllegung aller militärischen Operationen auf den amerikanischen Stützpunkten in Deutschland außer reinen Versorgungsflügen bis zum Ende der Amtszeit Trumps; Abschluss eines Vertrages über Freundschaft und gute Beziehungen mit Russland; Empfehlung an die europäischen Nato-Staaten, dem Beispiel Deutschlands zu folgen.

Otfried Schrot, Ronnenberg

### Aus der passiven in die aktive Rolle wechseln

Was soll die ganze Aufregung um unbestätigte Berichte über einen Teilabzug von US-Truppen aus Deutschland? Trump hat wieder mal impulsiv entschieden – in den vergangenen vier Jahren aber oft genug bewiesen, dass er seine Ankündigungen am Ende doch nicht wahrmacht. Selbst wenn der Teilerückzug – als „Strafe“ gedacht – verwirklicht würde, muss uns aus deutscher Sicht überhaupt nicht bange sein: In seltener Offenheit gibt US-General Ben Hodges im Interview zu, dass die US-Truppen in Deutschland primär nicht zu unserem Schutz stehen, sondern aus strategischem Interesse des amerikanischen Militärs: Sie unterstützen die US-geführten Einsätze in

Afghanistan, dem Irak und Syrien sowie die große Kette amerikanischer Stützpunkte im Mittleren Osten und in Afrika. Auch die 20 amerikanischen Atombomben im Stützpunkt Büchel würden im Ernstfall auf Befehl des US-Präsidenten von deutschen Tornado-Piloten ins Ziel gelenkt. Deutsche Souveränität? Ein Fremdwort auch 75 Jahre nach Kriegsende!

Und die wirtschaftlichen Interessen der Standortgemeinden? Rheinland-Pfalz wurde der „Flugzeugträger Deutschlands“ genannt – so engmaschig war das Netz der Flugplätze und Kasernen. Dann kam die Wende in den 90er Jahren: Die Russen zogen ab, die Briten, die Kanadier, die Franzosen zogen ab. Auch viele US-Stützpunkte wurden aufgegeben. War das nicht fabelhaft? Und wie die Gemeinden profitiert haben! In Trier wurden riesige Flächen für die Erweiterung der Universität, für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen freigemacht, in Zweibrücken entstand das größte Factory Outlet Center in Westdeutschland, in Hahn ein Regionalflughafen und in Bitburg ein großer Industriepark. Und immer das gleiche Spiel: Am Anfang die Angst vor dem Abzug – am Ende waren die Standortgemeinden immer Gewinner.

Resümé: Die Gelegenheit ist günstig. Aus der passiven Rolle sollten wir aktiv werden. Jetzt sollte über eine Auflösung von US-Stützpunkten auf Augenhöhe verhandelt und die europäische Zusammenarbeit intensiviert werden. Daran wird die deutsch-amerikanische Freundschaft nicht zerbrechen. Es würde den deutschen und amerikanischen Steuerzahlern viele Milliarden Dollar/Euro ersparen, die jetzt an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

Peter zur Nieden, Trier

Diskussion: [frblog.de/truppenabzug](http://frblog.de/truppenabzug)

## Die Spielregeln des Wirtschaftens

Lieferkettengesetz: „Neue Epoche der globalen Produktion“, FR-Meinung v. 15.6.

Angela Merkel unterstützt den „Green Deal“ von Frau von der Leyen. Das ist gut so. Doch weshalb unterstützt sie nicht genauso klar und öffentlich die Forderungen nach einer menschenrechtlich aufgestellten (globalen) Wirtschaft? Der Kampf gegen den Klimawandel und der Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen Hand in Hand gehen. Was nützt es einer Arbeiterin in Indonesien oder in Bulgarien, wenn sie trotz hoffentlich sinkender globaler Emissionen ums tägliche Überleben kämpfen muss und Überstunden bis zum Umfallen macht?

Die Minister Heil und Müller setzen sich für ein Lieferkettengesetz ein – offensichtlich gegen den Willen des Bundeskanzleramtes und von Wirtschaftsminister Altmaier. Warum? Weil das Bundesministerium für Wirtschaft die (Profit-) Inter-

sen der Industrie wichtiger nimmt als ihre Befolgung internationaler Menschenrechtsnormen in ihrer Geschäftstätigkeit? Der Koalitionsvertrag macht zu diesem Thema eine eindeutige Aussage macht.

Nach meiner Auffassung betrifft Wirtschaftskriminalität nicht nur Straftaten wie Korruption oder Betrug (Diesel), sondern auch bewusste Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten. Inzwischen liegt dazu ein Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz vor, der das Ziel verfolgt, „die Sanktionierung von Verbänden, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, auf eine eigenständige gesetzliche Grundlage zu stellen“. Zur Zielsetzung des Gesetzes heißt es: „Die Neuregelung kommt der ganz großen Mehrheit der Unternehmen in

Deutschland zugute, die sich rechtstreu und lauter verhält. Soweit einzelne Unternehmen dies nicht tun, verschaffen sie sich Vorteile auf Kosten der rechtstreuen Unternehmen sowie deren Inhaber und Arbeitnehmer.“ Der Handelsverband Deutschland will ein Lieferkettengesetz derzeit nicht einmal diskutieren.

In der „Initiative Lieferkettengesetz“ haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen zusammengeschlossen – von „Brot für die Welt“ bis zum DGB. Die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen sagt dazu: „Ein Lieferkettengesetz (...) würde die Spielregeln des Wirtschaftens verändern: Unternehmen, die Zeit und Ressourcen aufbringen, um Menschenrechtsverstößen vorzubeugen, hätten nicht länger einen Wettbewerbsnachteil.“ Dietrich Weinbrenner, Witten